

Stellungnahme zur Drucksache 9133: Antrag der Fraktion der CDU/CSU Abstimmung
über den digitalen Euro verbindlich machen
und

Drucksache 9144: Antrag
der Abgeordneten Jan Wenzel Schmidt, Jörn König, Kay Gottschalk, Klaus Stöber,
Albrecht Glaser, Roger Beckamp, René Bochmann, Peter Boehringer, Gereon
Bollmann, Stephan Brandner, Marcus Bühl, Dietmar Friedhoff, Mariana Harder-Kühnel,
Martin Hess, Nicole Höchst, Dr. Malte Kaufmann, Dr. Michael Kaufmann, Enrico
Komning, Steffen Kotré, Dr. Rainer Kraft, Mike Moncsek, Jan Nolte, Tobias Matthias
Peterka, Martin Erwin Renner, Bernd Schattner, Eugen Schmidt, Dr. Rainer Rothfuß,
René Springer, Dr. Harald Weyel und der Fraktion der AfD: Bargeld als einziges
gesetzliches Zahlungsmittel bewahren und Überwachung der Bürger durch digitales
Zentralbankgeld verhindern

Prof. Dr. Philipp Bagus

Einleitung

In dieser Stellungnahme möchte ich eine Grundlage zur Einschätzung der beiden oben genannten Anträge bereitstellen. Beiden Anträgen liegt die Frage zu Grunde, ob ein digitaler Euro wünschenswert ist. Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU möchte daher eine Abstimmung zur Einführung des digitalen Euros verbindlich machen. Aufgrund der Wichtigkeit eines derartigen Schrittes muss dieser Forderung zugestimmt werden. Der Antrag der Fraktion der AfD geht deutlich weiter, und möchte die Einführung digitalen Zentralbankgeldes ganz verhindern.

Um diesen Sachverhalt erörtern zu können, möchte ich im Folgenden auf die Folgen der Einführung eines digitalen Euros eingehen und seine Vor- und Nachteile untersuchen. Die Abgeordneten sollten sich dieser Vor- und Nachteile bewusst sein, wenn sie in verantwortungsvoller Weise abstimmen wollen.

Vorteile des digitalen Euro

1. Digitalisierung

Ein oft vorgetragenes Argument besagt, dass die Europäische Zentralbank (EZB) mit der Zeit gehen müsse. Ein digitaler Euro in Zeiten der Digitalisierung würde schnellere, effizientere Zahlungen und einfache Zahlungslösungen ermöglichen. Kurz, das Ziel sei es: „Die Bargeldfunktion ins digitale Zeitalter übertragen.“ Dieses Argument greift indes zu kurz. Denn die Verbraucher können bereits digital mittels Überweisung oder Kreditkarte schnell und kostengünstig zahlen. Für digitale Überweisungen braucht es den digitalen Euro nicht.

2. Geldmonopol behalten

Ein zweites, weitverbreitetes Argument behandelt die Konkurrenz für den Euro. Durch diese Konkurrenz sei das Geldmonopol und damit die Macht für die EZB bedroht. Erstens geht es um die Konkurrenz von anderen Central Bank Digital Currencies (CBDC). Die EZB argumentiert, dass die China oder die USA eine CBDC einführen könnten, welche dann zunehmend von Europäern genutzt würden. Wenn die Europäer aber ausländische Währungen benutzten, dann würde dies die Wirksamkeit der Geldpolitik der EZB mindern. Die EZB würde zunehmend machtlos. Was nützt es, das Monopol auf die Geldproduktion (Geldbasis) zu haben, wenn die Menschen das Geld immer weniger nutzen?

Zweitens soll der digitale Euro einer gewissen Abhängigkeit von US-amerikanischen Unternehmen bei der Zahlungsabwicklung gegenwirken. PayPal, VISA, Mastercard ermöglichen digitale Zahlungen. Auch Google Pay und Apple Pay offerieren digitale Zahlungen. So bestünde eine gewisse Abhängigkeit von den USA, die als politisches Machtmittel genutzt werden könnte. Diese Abhängigkeit soll, so die EZB, der digitale Euro brechen.

Drittens gibt es die private Konkurrenz von digitalen Währungen, wie Bitcoin. Bitcoin wird vielfach als ein Angriff auf staatliches Fiat-Geld angesehen, und hat viele Nutzer überzeugt, die auf der Suche nach Alternativen zum Fiat-Geld sind. Neben dem Bitcoin ermöglichen auch sogenannte stable coins digitale Zahlungen. Der digitale Euro soll hier eine Alternative sein.

Die EZB kommuniziert klar, dass sie diese Crypto-Konkurrenz nicht gerne sieht. Sie will verständlicherweise die alleinige geldpolitische Macht in der Eurozone. Die EZB sagt dies nicht direkt so, sondern argumentiert, sie müsse mit der Zeit gehen, um den Euro international attraktiver zu machen. Sie müsse auch eine CBDC anbieten und damit einen angemessenen staatlichen Anker für das Euro-Zahlungssystem. Andernfalls könnten die Verbraucher auf digitalen Währungen umsteigen. In Wahrheit geht es der EZB um ihren Machterhalt und die Wirksamkeit der Geldpolitik.

Die wirtschaftspolitische grundlegende Frage ist hier natürlich: Ist das angestrebte Ziel der EZB überhaupt erstrebenswert? Soll eine Zentralbank die Macht haben, ein Geld aus dem Nichts zu schaffen, das alle verwenden? Soll die Geldpolitik wirksam sein? Erzeugt die Geldpolitik nicht vielmehr große Probleme in Form von künstlich niedrigen Zinsen, ungerechter Umverteilung, Finanz- und Wirtschaftskrisen sowie der indirekten Finanzierung staatlicher Defizite, welche ein Aufblähen des Staatsapparats, und damit eine ungerechte Umverteilung und eine Fehlallokation von Ressourcen ermöglichen?

Der argentinische Präsident Javier Milei möchte den umgekehrten Weg gehen. Er will, dass die argentinische Zentralbank weniger Macht hat und gar keine Geldpolitik mehr machen kann, indem Argentinien dollarisiert. Es werden dann Dollars in Argentinien verwendet, keine Pesos mehr. Auf den Euroraum wäre das damit zu vergleichen, dass keine Euros mehr verwendet werden, sondern Cryptowährungen und andere digitale Zahlungsmittel, die mit alternativen Vermögenswerten gedeckt sind.

Damit möchte ich nicht sagen, dass es besser wäre, die Eurozone zu dollarisieren, schließlich ist der Dollar auch eine staatliche Fiat-Währung. Vielmehr möchte ich die grundsätzliche Frage stellen, ob das Ziel, welches die EZB mit dem digitalen Euro verfolgt, ein erstrebenswertes ist. Sollte die EZB die Macht über das Geld behalten, oder sollte die Macht über das Geld dem Bürger zurückgegeben werden? Sollte es ein freies Marktgeld geben. Befürworter einer Marktwirtschaft und der Menschenrechte (die auf Eigentumsrechten fußen) müssen es begrüßen, wenn das staatliche Geldmonopol gebrochen wird.

3. Weitere Optionen für Verbraucher

Die EZB kommuniziert, der digitale Euro solle das Bargeld nicht ersetzen, sondern nur ergänzen. Damit hätte der Verbraucher zusätzliche Optionen. Der digitale Euro sei effizienter und einfacher zu verwenden als Bargeld.

Gefahren des digitalen Euros

1. Kontrolle der Privatsphäre, Kontrolle der Zahlungsströme

Vielfach wird die Befürchtung geäußert, dass der digitale Euro die Privatsphäre nicht ausreichend schütze, denn alle Zahlungen könnten nachverfolgt werden. Die EZB antwortet auf diese Gefahr zweifach. Zum einen sagt sie, Bargeld wird noch weiter bestehen. Bürger könnten also weiterhin anonym mit Bargeld zahlen. Zum anderen sei der digitale Euro zumindest in seiner Offline-Version wie Bargeld.

Das Bargeld soll noch weiter bestehen, „solange es noch Nachfrage danach gibt“. Aber wer bestimmt, was eine ausreichende Nachfrage ist? Reicht es, wenn nur noch 5 Prozent der Verbraucher Bargeld nachfragen? Oder würde die EZB dann argumentieren, die Bereitstellung des Bargeldes sei zu teuer. Die EZB selbst konstatiert, der Bargeldverbrauch gehe zurück.

Der digitale Euro ist gerade so konzipiert, um die Nachfrage nach Bargeld zu senken. Er ist Konkurrenz zum Bargeld. Bei einer Einführung des digitalen Euros würde die Nachfrage nach Bargeld zurückgehen, auch weil der digitale Euro gegenüber dem Bargeld staatlicherseits bevorteilt wird. Unternehmen dürfen Bargeld als Bezahlung ablehnen, den digitalen Euro indes nicht.

Die Nachfrage nach Bargeld wird zudem mit Bargeldobergrenzen politisch beeinflusst. Zudem werden, wie im Antrag der Fraktion der AfD kritisiert, Organisationen wie die „Better Than Cash Alliance“ staatlich subventioniert, die sich dem Kampf gegen das Bargeld verschrieben haben. Subventionen verzerren immer den Markt. Ressourcen werden von Verwendungen abgezogen, welche die Konsumenten befürworten, und in andere Verwendungen geleitet, welche die Konsumenten nicht wollen, sonst hätte sie freiwillig ihr Geld in dieser Weise ausgegeben. Auch staatliche Informationskampagnen verzerren die Wahrnehmung der Marktteilnehmer und können politisch missbraucht

werden. Der Einsatz staatlicher Mittel zu Informationszwecken ist daher kritisch zu sehen.

Auch die Banken können dafür Sorge tragen, dass die Nachfrage nach Bargeld abnimmt. Sie können beispielsweise höhere Gebühren für das Abheben von Bargeld berechnen oder die Zahl der Geldautomaten verringern. Das Lippenbekenntnis zum Bargeld der EZB erscheint mithin eine Mittel zur Beschwichtigung von Skeptikern, vor allem in Deutschland. Es besteht zu befürchten, dass, sobald der digitale Euro eingeführt ist, argumentiert wird, man brauche das Bargeld nun nicht mehr. Dabei hat Bargeld gegenüber dem digitalen Euro einen entscheidenden Vorteil: Bargeld funktioniert völlig ohne Strom und andere Infrastruktur. Für Katastrophen- und Notfallszenarien ist der Vorteil so schlagend, dass die Schwedische Reichsbank, obwohl Vorreiter in der Digitalisierung, u. a. ihr zentrales Banknotenlager in Stockholm auf fünf Standorte ausweitet. Die Reichsbank übernimmt damit laut Eigenaussage „eine größere Verantwortung für das Bargeld.“

Wie ist es jetzt um die Privatsphäre beim digitalen Euro bestellt? Der Online-digitale Euro ist genauso privat wie eine heutige digitale Banküberweisung. Für die Nutzung des digitalen Euros braucht es ein Konto oder Wallet. Der Inhaber wird von der Bank identifiziert. Ermittlungsbehörden können Zugriff erhalten. Denn Geldwäschegesetze, Anti-Terrorismus-Gesetze schreiben vor, dass alle Transaktionen nachverfolgbar sind. Allein die zu erwartenden Haltegrenzen für den digitalen Euro erfordern eine Identifikation. Somit werden alle Transaktionen mit dem digitalen Euro nachverfolgbar.

Anonymität ermöglicht nur das Bargeld. Mit dem digitalen Euro hätte die Politik es leichter, eine Abschaffung des Bargelds zu begründen. Und wenn immer es möglich ist, die Macht zu vergrößern, dann versucht die Politik dies über kurz oder lang. Davon halten auch nicht Versprechungen ab, dass es immer Bargeld geben wird, solange es Nachfrage gibt. Dass Versprechungen sogar gebrochen werden, wenn sie in der Verfassung festgeschrieben sind, wissen wir seit der Corona-Krise, aber auch von der Eurorettung. Denn bei der Einführung des Euro war den Deutschen versprochen worden, sie müssten nicht andere Staaten retten.

Daher ist davon auszugehen, dass, wenn der digitale Euro einmal da ist, über kurz oder lang das Bargeld verschwinden wird; und seine Offline-Version wahrscheinlich auch. Dann werden alle Zahlungen nachverfolgbar sein, mit mehr oder weniger Aufwand. Einzelnen (oppositionellen) Nutzern könnten ihre Konten gesperrt werden.

Die Missbrauchsmöglichkeiten durch den digitalen Euro sind also immens. Das Vorsichtsprinzip spricht klar gegen den digitalen Euro. Wer die Freiheit und die Eigentumsrechte schätzt, muss daher den digitalen Euro ablehnen. Denn der digitale Euro ist eine große Gefahr für die Freiheit. Er ist Bestandteil der Verdrängung des Bargelds, und ermöglicht eine totalitäre Kontrolle der Bürger.

2. Gefahr für Banken

Heute wird Bargeld noch viel genutzt. Die Menschen bedienen sich aber auch des Bankengeldes für Überweisungen. Bankengeld kann ausfallen, wenn die ausgebende Bank Pleite geht. Die digitalen Euros sind gesetzliches Zahlungsmittel und damit sicherer als Bankengeld. Der digitale Euro ist eine Kreatur des Staates. Er ist nur durch

Gewalt durchsetzbar, durch das Gewaltmonopol des Staates und staatliche Gesetzgebung.

Das Hauptgeschäft der Banken, das Schaffen von Buchgeld aus dem Nichts, ist durch den digitalen Euro gefährdet, wenn die Konsumenten von Buchgeld auf den sicheren digitalen Euro übergehen. Auch die EZB möchte keine Bankenprobleme. Verlieren die Banken Einlagen, bekommen sie Refinanzierungsprobleme, können weniger Kredite vergeben, die Zinsen steigen. In einem Nullzinsumfeld könnten Investoren von Staatsanleihen in digitale Euros umschichten. Damit würden die Zinsen auf Staatsanleihen und das Zinsniveau insgesamt steigen, und das wäre ein Problem für die Finanzmarktstabilität und Staatenfinanzierung.

Um die Gefahr für die Banken zu verringern, werden Obergrenzen für den Besitz und Transaktionen von digitalen Euros festgelegt werden. So soll ein massiver Umtausch von Bankengeld in Zentralbankgeld verhindert werden. Auch massive Bankruns, die nicht nur in Bargeld, sondern eben auch in digitalen Euros möglich wären, sollen so verhindert werden. Mit dieser Obergrenze wird der digitale Euro attraktiver für die Banken. Vor allem mit der Aussicht, dass es in Zukunft kein Bargeld mehr gibt, womit ein systemweiter Bankrun erschwert wird.

3. Gefahren durch Negativzinsen und monetäre Planwirtschaft

Die keynesianische Feinsteuerung könnte durch die digitalen Euros ein weiteres Instrument der monetären Planwirtschaft bekommen. Durch die Vereinfachung der Bargeldabschaffung rücken systemweite Negativzinsen in die Reichweite der monetären Planungsbehörde. Negativzinsen, vor allem, wenn es kein Bargeld mehr gibt, würden zu einem schnelleren Ausgeben des Geldes führen, die Geldnachfrage würde sinken.

Dank des digitalen Euros ergibt sich, vor allem ohne Bargeld, ein neuer Transmissionskanal. In den Jahren nach der Finanzkrise hatten die Banken Überschussreserven und die EZB wollte die Konjunktur künstlich anheizen. Die Banken wollten aber keine Kredite geben, weil es keine solvente Nachfrage gab, weil die Unsicherheit sehr groß war und weil die Bürger ihre Verschuldung abbauen wollten. Die EZB pumpte Geld ins System, aber die Banken reichten es nicht weiter. Die EZB senkte die Zinsen immer weiter, sogar unter null. Aber die Banken konnten die Zinsen für ihre Kunden auf Sichteinlagen nicht unter null senken, denn andernfalls hätten die Kunden Bargeld abgezogen und außerhalb des Bankensystems gelagert.

Sollte es aber den digitalen Euro geben und kein Bargeld mehr, dann könnte die Geldpolitik die Zinsen beliebig unter null senken und ein Schwundgeldsystem einführen, um so zu mehr Krediten und Geldausgaben zu kommen, also die Geldnachfrage senken. Eine verzerrte Produktionsstruktur könnte so noch länger am Leben erhalten werden, genauso wie Zombieunternehmen und Zombiestaaten. Die durch die Geldpolitik ausgelöste Wohlstandsvernichtung würde weiter gehen. Zudem bietet der digitale Euro der EZB einen Vorteil bei einer großen Bankenkrise. Mit einem

digitalen Euro ist die Geldpolitik flexibler. Sie kann ohne Umwege über das Bankensystem neues Geld ins System pumpen (Helikoptergeld).

Fazit:

Der digitale Euro bedeutet mehr Macht für die EZB. Er ist ein weiterer Schritt in der Interventionismusspirale. Wer die Wirksamkeit der Geldpolitik erhöhen möchte und ihr mehr Macht einräumen möchte, der muss die Einführung des digitalen Euros befürworten. Der digitale Euro verspricht mehr Macht, mehr Kontrolle. Er impliziert auch eine versteckte Steuererhöhung. Denn wenn das Bargeld beseitigt wird, wird es schwieriger der Steuerlast auszuweichen.

Es besteht die große Gefahr, dass der digitale Euro als willkommener Vorwand missbraucht wird, um das Bargeld abzuschaffen, weil es angeblich überflüssig ist. Er ermöglicht neue geldpolitische Maßnahmen, die durch das Bargeld zuvor unwirksam waren, wie systemweite Negativzinsen.

Die grundlegende Frage lautet natürlich, ob Staatsgeld erstrebenswert ist oder ob freies Marktgeld besser ist. Wer im digitalen Zeitalter die monetäre Monopolmacht des Staates zementieren und ausbauen möchte, der muss den Weg des digitalen Euros gehen. Der digitale Euro steht in der Logik des Staatsgelds, des staatlichen Geldmonopols, der zentralen Planung und des Interventionismus. Wer die Möglichkeit einer totalitären Kontrolle über die Bürger und eine wirksamere Geldpolitik haben möchte, wird den digitalen Euro unterstützen.

Wer privates, freies Geld, wie beispielsweise einen Goldstandard bevorzugt; wer für freien Währungswettbewerb, Freiheit und Grundrechte eintritt, wird den digitalen Euro ablehnen. Er wird sowohl den Antrag der Fraktion der CDU/CSU unterstützen, als auch den Antrag der Fraktion der AfD.

Professor Dr. Philipp Bagus



Profesor Titular de Universidad del Departamento de Economía Aplicada e Historia e Instituciones Económicas (y Filosofía Moral)
Universidad Rey Juan Carlos
Pseo. de Artillero s/n,
28032 Madrid
Spanien